

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Telefon: +43 1 53444 69001  
rainer.wimmer@proge.at  
www.proge.at

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1  
Telefon +43 05 03 01 21-278  
karl.proyer@ gpa-djp.at  
www.gpa-djp.at

Herrn  
Bundesparteivorsitzenden der SPÖ  
Werner Faymann  
Löwelstraße 18  
1010 Wien

Wien, am 20. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Bundesparteivorsitzender Faymann!

Mit großer Verwunderung mussten die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) die Aussagen von Herrn BM Reinhold Mitterlehner vom 15. Oktober 2010 im Club der Wirtschaftspublizisten bezüglich einer Gesetzesinitiative zur Arbeitszeitflexibilisierung zur Kenntnis nehmen.

Seit Jahrzehnten wurde das Arbeitszeitrecht in Österreich erfolgreich von den Sozialpartnern mitgestaltet. Dabei wurde immer Wert darauf gelegt, dass ergänzend zum Arbeitszeitrecht auf Kollektivvertragsebene faire und ausgewogene Regelungen zum Vorteil für Unternehmen und ArbeitnehmerInnen vereinbart werden. Dieser Grundsatz würde durch den Vorstoß des Wirtschaftsministers nach gesetzlicher Arbeitszeitflexibilisierung negiert und in die Arbeitszeitgestaltung zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen eingegriffen.

Ausgangspunkt der Aussagen des Wirtschaftsministers war die Rücknahme der Flexibilisierungsforderungen der Arbeitgeber bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie. Seit geraumer Zeit gab es Gespräche der Kollektivvertragspartner über eine weitere Arbeitszeit-Flexibilisierung. Allerdings hätte das Modell der Arbeitgeber massive Lohn- und Gehaltskürzungen für die rund 165.000 Beschäftigten in der Metallindustrie Österreichs bedeutet und daher blieben die Verhandlungen berechtigterweise ohne Ergebnis. Daher werten die BetriebsrätInnen und Gewerkschaften die Aussagen des Wirtschaftsministers, durch Gesetzesänderung das Arbeitszeitrecht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zu verändern, als unangemessene Drohung. Diese bedauerliche Antwort auf die Wirtschaftskrise würde nicht ohne Widerstand unserer Gewerkschaften bleiben.

Wir ersuchen Ihre Partei sich gegen solche Ansinnen zu stellen und einer Schwächung des bewährten Instruments Kollektivvertrag eine Absage zu erteilen.

Wir ersuchen um Kenntnisnahme und verbleiben abschließend mit freundlichen Grüßen,

für die PRO-GE



Rainer Wimmer  
Bundesvorsitzender



Peter Schleinbach  
Leitender Sekretär

für die GPA-djp



Wolfgang Katzian  
Vorsitzender



Karl Proyer  
Stv. Bundesgeschäftsführer

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Telefon: +43 1 53444 69001  
rainer.wimmer@proge.at  
www.proge.at

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1  
Telefon +43 05 03 01 21-278  
karl.proyer@ gpa-djp.at  
www.gpa-djp.at

Herrn  
Bundesparteiobmann der ÖVP  
DI Josef PRÖLL  
Lichtenfelsgasse 7  
1010 Wien

Wien, am 20. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann Pröll!

Mit großer Verwunderung mussten die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) die Aussagen von Herrn BM Reinhold Mitterlehner vom 15. Oktober 2010 im Club der Wirtschaftspublizisten bezüglich einer Gesetzesinitiative zur Arbeitszeitflexibilisierung zur Kenntnis nehmen.

Seit Jahrzehnten wurde das Arbeitszeitrecht in Österreich erfolgreich von den Sozialpartnern mitgestaltet. Dabei wurde immer Wert darauf gelegt, dass ergänzend zum Arbeitszeitrecht auf Kollektivvertragsebene faire und ausgewogene Regelungen zum Vorteil für Unternehmen und ArbeitnehmerInnen vereinbart werden. Dieser Grundsatz würde durch den Vorstoß des Wirtschaftsministers nach gesetzlicher Arbeitszeitflexibilisierung negiert und in die Arbeitszeitgestaltung zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen eingegriffen.


Ausgangspunkt der Aussagen des Wirtschaftsministers war die Rücknahme der Flexibilisierungsforderungen der Arbeitgeber bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie. Seit geraumer Zeit gab es Gespräche der Kollektivvertragspartner über eine weitere Arbeitszeit-Flexibilisierung. Allerdings hätte das Modell der Arbeitgeber massive Lohn- und Gehaltskürzungen für die rund 165.000 Beschäftigten in der Metallindustrie Österreichs bedeutet und daher blieben die Verhandlungen berechtigterweise ohne Ergebnis. Daher werten die BetriebsrätInnen und Gewerkschaften die Aussagen des Wirtschaftsministers, durch Gesetzesänderung das Arbeitszeitrecht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zu verändern, als unangemessene Drohung. Diese bedauerliche Antwort auf die Wirtschaftskrise würde nicht ohne Widerstand unserer Gewerkschaften bleiben.

Wir ersuchen Ihre Partei sich gegen solche Ansinnen zu stellen und einer Schwächung des bewährten Instruments Kollektivvertrag eine Absage zu erteilen.

Wir ersuchen um Kenntnisnahme und verbleiben abschließend mit freundlichen Grüßen,

für die PRO-GE

  
Rainer Wimmer  
Bundesvorsitzender

  
Peter Scheinbach  
Leitender Sekretär

für die GPA-djp

  
Wolfgang Katzian  
Vorsitzender

  
Karl Proyer  
Stv. Bundesgeschäftsführer